

**DIE LINKSPARTEI UND IHR
UNGEKLÄRTES VERHÄLTNISS
ZU DEMOKRATIE, RECHTS-
STAAT UND GEWALT**

Die Linkspartei und ihr ungeklärtes Verhältnis zu Demokratie, Rechtsstaat und Gewalt

Die Linkspartei hat ein ungeklärtes Verhältnis zu unserer freiheitlichen Demokratie, zum Rechtsstaat und zur Gewaltfrage. Anders als SPD und Grüne glauben machen wollen, ist sie keine normale demokratische Partei. Das zeigt sich gerade wieder aktuell in diesen Tagen. 19 Abgeordnete der Linkspartei aus dem Bundestag und mehreren Landesparlamenten, darunter die stellvertretende Parteivorsitzende Sahra Wagenknecht, haben einen Aufruf unterzeichnet, in dem unverhohlen dazu aufgerufen wird, öffentliches Eigentum der Deutschen Bahn zu beschädigen und so den Transport von Castor-Behältern zu verhindern.

In dem Aufruf heißt es: „Wir sind entschlossen, massenhaft den Schotter aus dem Gleisbett zu entfernen, also die Gleise zu unterhöhlen und sie damit für den Atommüllzug unbefahrbar zu machen ... Wir wissen, dass unsere bewusste Veränderung der Castortransportstrecke nicht vom bürgerlichen Gesetzbuch gedeckt ist“. (<http://www.castorschottern.org/pressemitteilung-nr1>) Die Politiker der Linkspartei überschreiten hier bewusst die Grenze dessen, was rechtsstaatlich zulässig ist. Sie wollen damit auch die rechtsstaatliche Ordnung insgesamt in Frage stellen. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen gegen die Linksparteipolitiker aufgenommen.

I. Verfassungsfeindliche Bestrebungen der Linkspartei

Die SED-Erben unterlassen bewusst eine klare Grenzziehung zu linksextremistischen Gewalttätern und fördern bzw. dulden offen extremistische Zusammenschlüsse in ihrer Partei. Sie propagieren einen „Systemwechsel“ und wollen eine andere Republik. Die Linkspartei wird deshalb zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet. Eine Zusammenarbeit mit ihr verbietet sich für jeden aufrechten Demokraten.

Vertreter von Judikative und Exekutive haben der Linkspartei verfassungsfeindliche Bestrebungen bescheinigt. Damit haben gleich zwei Staatsgewalten deutlich gemacht, dass die SED-Erben nicht zum demokratischen Meinungsspektrum zu zählen sind. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen attestierte der Partei am 13. Februar 2009 Verfassungswidrigkeit. Zitate:

- „Es lagen und liegen aktuell tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen der Parteien PDS, Linkspartei.PDS und DIE LINKE gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor.“
- „Bei vernünftiger Betrachtung [deutet] die Gesamtschau aller vorhandenen tatsächlichen Anhaltspunkte darauf hin, dass die Parteien PDS, Linkspartei.PDS und heute DIE LINKE Bestrebungen verfolgten und weiterhin verfolgen, die darauf gerichtet sind, die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung sowie das Recht des Volkes, die Volksvertretung in allgemeiner und gleicher Wahl zu wählen, zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.“
- „Die Auswertung der dem Senat vorliegenden Unterlagen ergibt Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht und in ausreichender Zahl dafür, dass es noch immer die Richtung der Partei maßgeblich bestimmende verfassungsfeindliche Strömungen gibt. Sie sprechen bei einer Gesamtschau dafür, dass durchaus namhafte Teile der Partei eine politische Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland verfolgen, die mit den entscheidenden Merkmalen eines freiheitlichen demokratischen Staates im Sinne des Grundgesetzes unvereinbar ist. Sie streben durch eine mit zentralen Verfassungswerten nicht vereinbare sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats im klassisch marxistisch-leninistischen Sinne eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung an.“

Auf dieser Linie hat das Bundesverwaltungsgericht die Beobachtung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz in seinem Urteil vom 21. Juli 2010 als rechtmäßig eingestuft. Doch trotz dieser eindeutigen Feststellungen durch die Judikative polemisiert die Linkspartei weiter gegen den Verfassungsschutz und unterstellt diesem Teil der Exekutive parteipolitische Motive. In ihrem Aufruf vom 15. Juli 2010 heißt es, Zitat: „Der Verfassungsschutz, der deutsche Inlandsgeheimdienst, ... macht sich mit seiner Bespitzelungspraxis zum Handlanger von Parteiinteressen.“ Im Verständnis der Linkspartei kommen Gewaltenteilung bzw. unabhängige Justiz und Verwaltung offenbar nicht vor. Auch darin drückt sich das gebrochene Verhältnis der Linkspartei zu Demokratie und Rechtsstaat aus. Warum die Linkspartei regelmäßig die Abschaffung des Verfassungsschutzes fordert, liegt auf der Hand: Sie will damit die wehrhafte Demokratie entscheidend schwächen um so den von ihr gewollten „Systemwechsel“ ungestört vollziehen zu können.

Dass der Aufruf der Linkspartei auch die Unterschrift Ottmar Schreiners (SPD) trägt und dass die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts laut Focus online vom 23. Juli 2010 als „weitreichenden Eingriff in die politische Willensbildung von Parteien“ bezeichnete, ist mehr als bedenklich und zeigt, wie weit sich die SPD inzwischen zu verbiegen bereit ist, um mit der Linkspartei neue Bündnisse eingehen zu können.

II. Die Linkspartei und ihr ungeklärtes Verhältnis zur Gewaltfrage

Die Linkspartei pflegt ein ungeklärtes Verhältnis zur Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Ganz bewusst vermeidet sie hier eine klare Grenzziehung, um wie ein Staubsauger auch noch den letzten versprengten DKP-Aktivisten und den linksten Autonomen Krawallmacher anziehen zu können.

In den Programmatischen Eckpunkten vom 24./25. März 2007 heißt es, Zitat: „Die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist nur möglich, wenn sich die politische Linke gemeinsam mit ... anderen sozialen Bewegungen, mit gesellschaftskritischen Initiativen ... aktiv gegen ... alle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft stellt.“ Bereits hier stellt sich die Frage, was genau mit „anderen sozialen Bewegungen“ und „gesellschaftskritischen Initiativen“ gemeint ist.

In ihrem Grundsatzprogrammentwurf hat die Linke diese zum äußersten linken Rand hin abgrenzungslose Bündnisstrategie weiterentwickelt. Zitat: „Wir wollen ein Bündnis von ... gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen ... und der parteipolitischen Linken entwickeln ... Ausgehend von ihrer Funktion als linke Partei bringt DIE LINKE ihre eigenen Kompetenzen in politische Bündnisse ein und unterstützt sie mit ihren Ressourcen. Als Partei greifen wir die Anliegen und Aktivitäten unserer politischen Partner auf ... Wir wollen Menschen ermutigen, sich gegen Politik zur Wehr zu setzen“. In diesem Sinne rief der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei aus Nordrhein-Westfalen, Andrej Hunko, am 27. April 2009 in einer Pressemitteilung zu, Zitat, „sozialen Unruhen“ auf.

Wie die Bündnisse zwischen Linkspartei und gewaltbereiten Autonomen aussehen und mit welchen Mitteln darin beteiligte und von der Linkspartei potenziell unterstützte Gruppierungen sich dann „gegen Politik zur Wehr“ setzen können, zeigte sich unter anderem bei

einer Demonstration in Berlin zum 1. Mai 2009, bei der Hunderte von Polizisten verletzt wurden. Der Anmelder dieser Demonstration war das Linkspartei-Mitglied Kirill Jermak, Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Lichtenberg.

Bei einer weiteren Demonstration am 12. Juni 2010 in Berlin trat die Bündnisstrategie der Linkspartei mit gewaltbereiten Extremisten offen zu Tage. Bei dieser Demonstration wurden 15 Polizisten durch einen gezielt geworfenen Splittersprengsatz verletzt, zwei von ihnen schwer. In einem Aufruf zu dieser Demonstration hatte sich die Linkspartei als „Teil des bundesweiten Bündnisses ... mit ... weit über 100 Organisationen und Initiativen“ angepriesen. Ein weiterer Aufruf zur gleichen Demonstration, der die Unterschrift von „Die.LINKE Berlin Linksjugend [solid] Berlin“ und „Die Linke.SDS“ trug, dokumentierte, auf welche Bündnispartner sich die Linkspartei konkret stützt: die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) und die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB). Beide hatten den Aufruf ebenfalls unterschrieben.

ALB und ARAB tauchen regelmäßig in den Verfassungsschutzberichten des Landes Berlin auf. In dem Bericht von 2009 heißt es dazu, Zitat: „Die ALB verfolgt Ziele, die gegen den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind ... Die ALB fordert die Überwindung des politischen Systems ... Die ALB befürwortet den Einsatz von Gewalt ... Die ARAB gehört zu den aktivsten autonomen Gruppierungen Berlins ... Die ARAB setzt sich für die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie ein ... Sie gehört zu den gewaltausübenden autonomen Gruppierungen, propagiert einen militanten Antifaschismus und verknüpft ihn mit dem Kampf gegen das ‚herrschende System‘“.

Die Linkspartei kennt den Verfassungsschutzbericht. Sie weiß also genau, mit wem sie sich ins Boot setzt. Sie schließt trotzdem Bündnisse mit Gruppierungen wie der ALB und der ARAB, weil sie ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt als Mittel der Durchsetzung politischer Ziele besitzt und dieses auch nicht ändern will. Auf die Frage, ob sich die Linkspartei nicht von solchen Gruppierungen trennen bzw. distanzieren müsste, antwortete die Parteivorsitzende Gesine Lötzsch am 15. Juli 2010 im ARD-Magazin Kontraste, Zitat: „... Was die Demonstrationen betrifft, ist ja noch gar nicht aufgeklärt, wer wirklich dieses Unglück verursacht hat“. Ein gezielter Anschlag mit einer Splitterbombe, bei dem 15 Polizisten zum Teil schwer verletzt wurden, ist für die Vorsitzende der Linkspartei nichts weiter als ein „Unglück“.

Nicht nur bei dieser gezielten Beschwichtigung linksextremistischer Gewalttaten spielt die Linkspartei ein doppeltes Spiel: Während der Berliner Innensenator von der SPD vorne Gruppierungen wie die ALB und die ARAB wegen ihrer aggressiven Gewaltbereitschaft überwachen lässt, geht sein Koalitionspartner von der Linkspartei hinten klammheimlich Bündnisse mit ihnen ein und „unterstützt sie mit ihren Ressourcen“. Neben diesen Bündnissen gibt es zwischen der Linkspartei und der linksextremistischen Szene auch personelle Verbindungen. Mehrere ihrer Funktions- und Mandatsträger sind Mitglied der „Roten Hilfe“, die ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

III. „Alle Macht den Räten“ – Die Linkspartei stellt die „Systemfrage“

„Alle Macht den Räten“ lautete schon vor hundert Jahren der Schlachtruf der Kommunisten zur Ausschaltung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Tatsächlich ging es Lenin und seinen Genossen allein um die Macht für ihre Partei. Diese verlogene Parole hat die Linkspartei in ihrem Grundsatzprogrammentwurf vom 20. März 2010 aufgegriffen. Zitat: „DIE LINKE tritt für die Ergänzung der Parlamente durch Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein ... Diese Runden Tische oder Räte sollen die Möglichkeit haben, sozial und ökologisch schädliche Vorhaben zu stoppen und gesetzgeberische Initiativen einzuleiten.“

Die SED-Erben zielen damit auf massive Veränderungen am politischen „System“. Nach Artikel 20 des Grundgesetzes wird alle Staatsgewalt „vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“. Von obskuren Räten und Runden Tischen, die durch keinerlei freie Wahlen legitimiert, aber mit Veto- und Initiativrechten ausgestattet sind, ist im Grundgesetz keine Rede.

Der Linkspartei ist das egal. Sie kündigt in ihrem Grundsatzprogrammentwurf schon mal an, dass der Weg zu dem von ihr propagierten „demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ von „Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein“ wird. Und der ehemalige Vorsitzende Lothar Bisky rief seinen Genossen auf einem Parteitag am 15. Juni 2007 zu: „Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – stellen die Systemfrage.“

Als angeblich bessere Alternative zum bestehenden „System“ propagiert die Linkspartei den „demokratischen Sozialismus“. Was angesichts der totalitären Vergangenheit der Partei wie Läuterung klingen soll, entpuppt sich auf den zweiten Blick als alter Hut. Denn: Bereits in den „Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, beschlossen auf dem SED-Vereinigungsparteitag am 21./22. April 1946 in Berlin, hieß es: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus“. Hier zeigt sich eindeutig: Nicht nur die Linkspartei selbst steht in Kontinuität zur SED, sondern auch ihr Ziel hat sich trotz wiederholter Namenshütungen nicht verändert.